



SWR 70150 Stuttgart

Frau  
Maren Müller  
Ständige Publikumskonferenz  
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

Südwestrundfunk  
Anstalt des öffentlichen Rechts

Peter Boudgoust  
Der Intendant  
Neckarstraße 230  
70190 Stuttgart  
Telefon 0711/929-11000  
Telefax 0711/929-11010  
Peter.Boudgoust@SWR.de  
www.swr.de

27. Oktober 2015/de

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 13. Oktober 2015, in dem Sie Beschwerde gegen die Vorgehensweise bei aktueller Berichterstattung in unseren Online-Angeboten erheben.

Grundsätzlich verfahren wir bei unserer aktuellen Berichterstattung so, dass wir sie – wenn möglich und nötig – fortschreiben. Sie beziehen sich in Ihrem Brief auf die Berichterstattung über eine Protestveranstaltung vor der US-Airbase in Ramstein-Miesenbach.

Im Internet auf der Seite [www.swr.de/kaiserslautern](http://www.swr.de/kaiserslautern) lief am Samstag, 26. September 2015 mit Zeitstempel 12.25 Uhr folgende Meldung:

*„Ramstein-Miesenbach - Zur Stunde demonstriert das Bündnis "Stopp Ramstein" gegen den US- Flughafen. Zu der Protestaktion sind nach aktuellen Polizeiangaben statt der erwarteten 500 Teilnehmer nicht einmal 100 gekommen.*

*Von deutschem Boden aus dürfe kein Krieg mehr geführt werden, sagte Alexander Ulrich von der Partei "Die Linke". Die Bundesregierung wolle die Ursachen für Flucht bekämpfen. Dazu passe es aber nicht, so Ulrich, dass von Ramstein aus Drohnen gesteuert und damit Menschen getötet würden. Diese Art der Kriegsführung trage zur Flucht der Menschen aus ihren Heimatländern wie zum Beispiel Afghanistan bei. Die Veranstaltung heute soll der Auftakt zu weiteren Aktionen in den kommenden Jahren sein. Damit will das Bündnis „Stopp Ramstein“ erreichen, dass der US-Stützpunkt Ramstein geschlossen wird.“*

Zu dieser Demonstration waren beim Ordnungsamt in Ramstein 500 Teilnehmer angemeldet. Recherchen für die Internet-Meldung bei der zuständigen Polizeiinspektion Landstuhl ergaben, dass vor Ort 50-60 der erwarteten Teilnehmer seien. Insofern ist die Meldung völlig korrekt und basiert auf den Angaben der Polizei. Von Polizei und Ordnungsamt wurde unserem Redakteur bestätigt, dass die allermeisten Teilnehmer erst nach 13 oder sogar 14 Uhr eintrafen. Selbst der Veranstalter wurde von der großen Zahl der Demonstranten offensichtlich überrascht, denn er hatte bei der Polizei Landstuhl nur 500 Teilnehmer angemeldet. Die Aussage "statt der erwarteten 500 Teilnehmer" ist daher ebenso völlig korrekt.

Nun ist es ein völlig übliches Vorgehen, Meldungen über Demonstrationen zu aktualisieren. Dies ist erfolgt. So erschien auf SWR.de ebenfalls am 26. September 2015 folgende Meldung:

*„Ramstein-Miesenbach Protest gegen US-Luftwaffen-Stützpunkt  
Rund 1.000 Menschen haben nach Angaben der Polizei am Samstag an einer Protestaktion vor dem US-Luftwaffen-Stützpunkt Ramstein in der Westpfalz teilgenommen. Das waren weitaus mehr Demonstranten als erwartet. Sie forderten, den Militärflugplatz zu schließen. Außerdem warfen sie den USA vor, von Ramstein aus Drohnen in Kriegsgebieten zu steuern. Stand: 26.9.2015, 16.14 Uhr“*

Grundlage ist auch hier die telefonische Recherche bei der zuständigen Polizei Landstuhl, die die Teilnehmerzahl mit rund 1000 angegeben hat. Diese Meldung ist auch noch immer im Internet zu finden. Der Name des Bündnisses „Stopp Ramstein“ kommt nicht in der Meldung vor und funktioniert dementsprechend auch nicht als Schlagwort. Unter den Suchbegriffen „SWR/Ramstein/Protest“ ist die Meldung zu finden. Da die Ursprungsmeldung von 12.25 Uhr nicht aktualisiert wurde, sondern durch eine neue Meldung ersetzt wurde, wurde die Ursprungsmeldung gelöscht, um keine alten bzw. sich widersprechenden Sachstände im Internet zu publizieren. Auch das ist ein übliches Verfahren bei fortgeschriebenen Ereignissen.

Sie begründen Ihre Beschwerde mit Berufung auf Verletzung der Programmgrundsätze aus dem geltenden Staatsvertrag über den Südwestrundfunk §6 (1) und (3). Ich kann aus den oben angeführten Gründen die Grundlage für Ihre Beschwerde nicht erkennen. Wir haben über ein Ereignis aus der Region nach journalistischen Grundsätzen berichtet und sind damit unserem Informationsauftrag nachgekommen. Zudem haben wir keine Meldungen gelöscht, sondern Meldungen aktualisiert und somit alte Nachrichtenstände fortgeschrieben.



Abschließend möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie gemäß § 20 Abs.3 SWR-Hauptsatzung den zuständigen Ausschuss anrufen und die Beratung der Beschwerde verlangen können. Der zuständige Ausschuss ist in diesem Fall der Programmausschuss Hörfunk, Fernsehen, Internet des Landesrundfunkrats Rheinland-Pfalz.

Ich hoffe, ich konnte mit meinen Erläuterungen zur Klärung des Sachverhaltes beitragen und verdeutlichen, dass unsere Berichterstattung zu jedem Zeitpunkt korrekt war.

---

Mit freundlichen Grüßen

---

Peter Boudgoust

✓